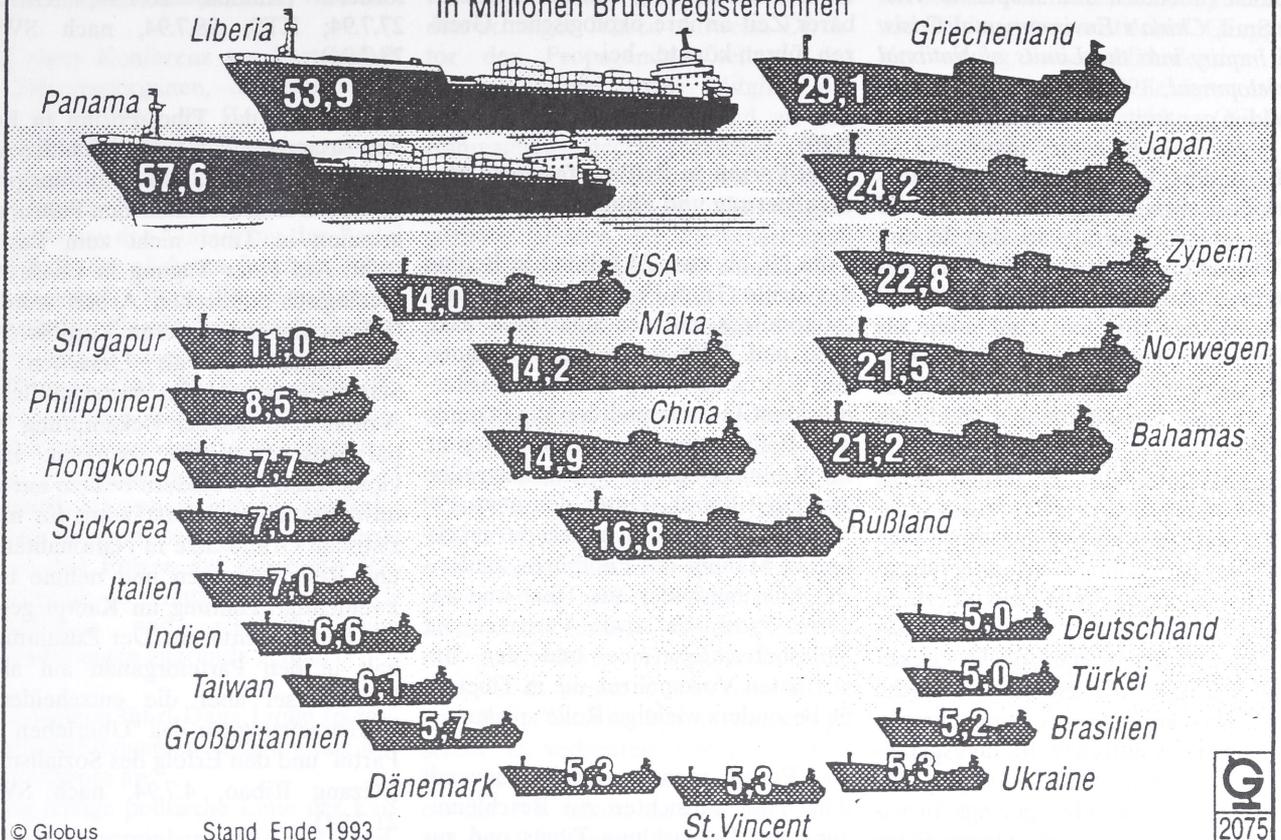


Flotten auf den Weltmeeren

in Millionen Bruttoregistertonnen



(aus: SZ, 26.7.94)

Innenpolitik

*(9)

Umweltpolitische Anstrengungen

Nach Angaben der Staatlichen Umweltschutzbehörde wird die chinesische Regierung in den nächsten Jahren unterschiedene Anstrengungen für den Schutz der Umwelt unternehmen. Die Staatsratskommission für Wissenschaft und Technologie hat eine Entwicklungsstrategie für das 21. Jahrhundert entworfen ("Agenda 21"), die ein stetiges Wirtschaftswachstum mit dem Schutz der Umwelt zu verbinden sucht. Zehn ländliche Gebiete sind ausgewählt worden, in den kommenden Jahren Pilotprojekte für eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung durchzuführen, die im Falle des Erfolgs auch auf andere Regionen ausgedehnt werden könnten. Die "Agenda 21" ist die

Reaktion Chinas auf die Beschlüsse der internationalen Umweltkonferenz in Rio de Janeiro im Juni 1992.

In den nächsten sechs Jahren sollen von der Beijinger Regierung insgesamt 200 Mrd. Yuan RMB für den Umweltschutz zur Verfügung gestellt werden. Die Summe erscheint außergewöhnlich groß, da der Umweltschutz in China bisher stets unter mangelnder finanzieller Ausstattung und fehlender Unterstützung auf allen Verwaltungsebenen zu leiden hatte. Ökologische Belange stehen bisher in den dynamischsten Bereichen der chinesischen Volkswirtschaft (Kollektiv- und Privatsektor) im Schatten des Interesses an kurzfristiger Gewinnmaximierung. (SCMP, 30.7.94; CD, 23.7.94; *The Straits Times*, Singapur, 26.11.93)

Die zuständigen Stellen in Regierung und Nationalem Volkskongreß arbeiten zur Zeit auch an einer Verschärfung der gesetzlichen Umweltschutzbestimmungen. Verwaltungsbehörden und Gerichte aller Ebenen sind aufgefordert, für eine strenge Durchsetzung der Umweltvorschriften zu sorgen.

Einzelne sehr harte Urteile gegen Umweltverschmutzer sind bereits ergangen. In der Provinz Jilin muß beispielsweise eine Fabrik, die umliegende landwirtschaftliche Felder mit Industrieabfällen verseucht hat, 700.000 Yuan RMB an die geschädigten Bauern zahlen. (CD, 19.7.94; SCMP, 22.7.94)

Alarmierende Nachrichten über ökologische Schäden und Appelle zur entschlossenen Durchsetzung der Umweltschutzbestimmungen häufen sich in den letzten Monaten. Umweltpolitische Initiativen scheinen in China allerdings oft zwischen den insgesamt elf(!) zuständigen Ministerien und Behörden zu versickern. Die Staatliche Umweltschutzbehörde hat nicht einmal den Status eines Ministeriums und kann trotz der regelmäßigen Unterstützung durch Deng Xiaopings Tochter Deng Nan (stellvertretende Vorsitzende der übergeordneten Kommission des Staatsrats für Wissenschaft und Technologie) die Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes nicht ansatzweise durchsetzen.



Am häufigsten werden in chinesischen Verlautbarungen und ausländischen Studien (nüchtern und skeptisch: Vaclav Smil, *China's Environmental Crisis: An Inquiry into the Limits of National Development*, 1993) folgende Umweltschäden genannt:

- Besonders in nord- und nordwestchinesischen Regionen haben die Grundwasservorräte in den letzten Jahren stark abgenommen. Nach internen Angaben des Ministeriums für Wasserwirtschaft sind mehr als 80% der Grundwasservorkommen in China durch übermäßige Ausbeutung und Verschmutzung (fehlende Kläranlagen und vorsintflutliche Abwassersysteme) gefährdet. (DX, 94/6, S.18)
- Die Luftverschmutzung, die durch Kohleverbrennung und ungefilterte Industrie-Emissionen hervorgerufen wird, überschreitet in vielen Großstädten international übliche Grenzwerte und wird als wichtige Ursache für die Zunahme von Lungenkrankheiten in städtischen Ballungsgebieten angesehen. Saurer Regen, der von China ausgeht, gelangt inzwischen häufig bis nach Japan. (Xinhua, 3.6.94; SCMP, 8.7.94)
- In der Landwirtschaft sind der Verlust von Ackerbauflächen durch Umwidmung in Bau- und Industrieland, die Überdüngung der Böden und Bodenerosion drängende Probleme.
- Vorhandene Waldgebiete werden durch Abholzung rasch dezimiert. Einige Forstwirte rechnen damit, daß China im Jahr 2000 nicht mehr über forstwirtschaftlich nutzbare Wälder verfügen wird. Die Bodenerosion wird dadurch weiter zunehmen.

Mit dem stürmischen Wirtschaftswachstum und dem nur unzureichend gebremsten Bevölkerungswachstum (allein in den neunziger Jahren werden 125 Mio. neue Chinesen hinzukommen; das entspricht der Bevölkerung Japans) wird der Bedarf an Bauland, Wasser, Nahrungsmitteln, Energie und Rohstoffen nochmals stark zunehmen. Massive Umweltschädigungen sind die Folge.

Wirtschafts- und Umweltwissenschaftler weisen auf eine Kombination ungünstiger Faktoren hin (begrenzte Möglichkeiten des Naturraums, anhaltendes Bevölkerungswachstum,

sprunghaftes Wirtschaftswachstum, kurzatmige politische Steuerung), die die Modernisierung Chinas in absehbarer Zeit an ihre ökologischen Grenzen führen könnte. -hei-

*(10)

Tibet-Forum in Beijing: forcierte Modernisierung und Führungsprobleme

Vom 20. bis zum 23. Juli hat in Beijing das dritte Tibet-Forum des KP-Zentralkomitees und des Staatsrates nach 1980 und 1984 stattgefunden. Staats- und Parteichef Jiang Zemin, Ministerpräsident Li Peng und der Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz Li Ruihuan hielten Grundsatzreden zur Tibet-Politik. Unter den etwa 190 Teilnehmern befanden sich die wichtigsten Männer des Politbüros, zahlreiche Führungskader aus Tibet und anderen Provinzen sowie Vertreter der Volksbefreiungsarmee und der Bewaffneten Volkspolizei, die in Tibet eine besonders wichtige Rolle spielen.

Das Forum segnete eine Vorlage mit dem Titel "Ansichten zur Beschleunigung der Entwicklung Tibets und zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Stabilität" ab, mit der die bereits im Vorfeld bekannt gewordenen Pläne zur wirtschaftlichen Belebung und Einbindung Tibets bekräftigt wurden (siehe C.a., 94/6, S.563). Tibet soll durch Finanzhilfen der Zentralregierung und der prosperierenden Küstenprovinzen wie auch durch Vorzugsbedingungen für ausländische Investoren eine rasche nachholende Entwicklung und Angleichung an das innerchinesische Entwicklungsniveau vollziehen. Ziel ist es, eine Integration Tibets sowohl in die chinesische Volkswirtschaft als auch in den ostasiatischen Wirtschaftsraum zu erreichen. Tibet sei hierbei auf Hilfe aus den ostchinesischen Provinzen angewiesen, die ein Viertel der notwendigen Mittel für 62 geplante Großprojekte aufzubringen hätten. Die Zentralregierung habe in der Vergangenheit insgesamt bereits rund 20 Mrd. Yuan RMB in Tibet investiert und damit erheblich zur Hebung des dortigen Lebensstandards beigetragen.

Jiang Zemin betonte, daß man auf die Mitwirkung *han*-chinesischer Kader in Tibet auch in Zukunft nicht verzichten könne. Die Mehrheit der Kader solle jedoch tibetischer Herkunft sein. Nur Persönlichkeiten, die über professio-

nelle Fähigkeiten und Integrität verfügten, würden in Führungspositionen befördert. (Xinhua, 26.7.94; RMRB, 27.7.94; ZTS, 28.7.94, nach SWB, 28.7.94)

Noch bevor das Tibet-Forum in Beijing zusammentrat, hatten sich die Anzeichen verdichtet, daß es mit der politischen Geschlossenheit der Führungsgremien in Tibet nicht zum Besten steht. Auf einer Tagung in Lhasa zur ideologisch-politischen Arbeit wurden "schwerwiegende interne Konflikte" in Führungsgremien als Ursachen für Schwierigkeiten beim wirtschaftlichen Aufbau und bei der Bekämpfung "separatistischer Kräfte" benannt. Eine kleine Zahl von Kadern besitze nur ein unvollkommenes Verständnis für marxistische Grundsätze in Nationalitäten- und Religionsfragen und nehme eine zweideutige Haltung im Kampf gegen den Separatismus ein. Der Zusammenhalt in den Parteiorganen auf allen Ebenen sei aber die entscheidende Voraussetzung für das "Überleben der Partei" und den Erfolg des Sozialismus. (Xizang Ribao, 4.7.94, nach SWB, 21.7.94)

Daß die Führungsgremien in Tibet keineswegs immun gegen ethnische Interessenkonflikte sind, wird auch durch das Verschwinden von Dandzin (Danzin), der Nummer Vier in der Führung Tibets, bestätigt. Dandzin gehörte zum gemäßigten Flügel in der tibetischen KP-Organisation und trat für eine maßvolle Modernisierung der Region ein, die auf die Besonderheiten Tibets Rücksicht nimmt. Da sich aber in der Zentrale und in Tibet die Befürworter einer forcierten Modernisierung (unter ihnen Deng Xiaoping, Jiang Zemin und der KP-Chef in Tibet Chen Kuiyuan) durchgesetzt haben, scheint Dandzin im Ungnade gefallen und abgesetzt worden zu sein. (SCMP, 18.7.94)

Der Kampf gegen "separatistische Kräfte" wurde unmittelbar nach dem Tibet-Forum mit Unerbittlichkeit fortgeführt. Fünf Tibeter wurden wegen "konterrevolutionärer Propaganda und Aufwiegelung" zu Freiheitsstrafen zwischen zwölf und fünfzehn Jahren verurteilt. Sie hätten "reaktionäre Parolen" an einem lokalen Regierungssitz angebracht und zum Sturz der Behörden aufgerufen. (Tibet TV, Lhasa, 26.7.94, nach SWB, 29.7.94) -hei-

*(11)

Propagandaveteran sagt Untergang der Kommunistischen Partei voraus

Auf einer Konferenz zur Parteiarbeit in Führungsorganen, die Ende Juni vom Hauptbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei veranstaltet wurde, hat der neunundsiebzigjährige Ideologe und Propagandaveteran Deng Liqun den Untergang der Partei innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre vorausgesagt. Wie die Hongkonger Zeitschrift *Trends* berichtet, vertrat Deng Liqun in seinem Vortrag die Auffassung, daß die Kommunistische Partei politisch und organisatorisch der "Selbstauflösung" (*ziwo jieti*) entgegengehe. Er räume der Partei noch eine Lebensdauer von sieben bis fünfzehn Jahren ein; in dieser Zeitspanne werde sie an den Folgen der durch die Reformpolitik in Gang gesetzten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zugrunde gehen.

Im einzelnen führt Deng Liqun folgende Entwicklungen zur Begründung seiner Prognose an:

- Die jetzige politische Linie der Partei ist unvereinbar mit den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus. Kommunistische Ideale stehen nur noch auf dem Papier.
- Die Grundlagen des auf Gemeineigentum beruhenden, sozialistischen Wirtschaftssystems sind durch marktwirtschaftlich-kapitalistische Reformen zerstört worden.
- Die Parteiorgane aller Ebenen haben ihre Rolle als Vorhut des politischen Kampfes für den Sozialismus verloren und fungieren heute nur noch als "Verwaltungsräte" für Wirtschaft, Handel und Finanzen.
- Die Partei hat ihre Prägekraft in der Gesellschaft verloren. Parteikadern mangelt es am Verantwortungsbeußtsein für gesamtgesellschaftliche Belange.
- Eine neue "Bourgeoisie aus Beamten und Geschäftsleuten" (*guanshang zichan jieji*) nutzt die aktuelle Politik, um sich auf Kosten der Bevölkerung zu bereichern.
- Auf dem Land kontrollieren neue Grundherren und Lokalherrscher das Wirtschaftsleben, die Polarisierung zwischen Reichen und Armen nimmt zu.
- Dem Eindringen westlicher Werte und Lebensgewohnheiten wird nicht entschieden entgegengetreten. (DX, 94/7, S.18-19)

Deng Liqun zählt zu den führenden Vertretern des orthodoxen Flügels der Kommunistischen Partei. Er war in den achtziger Jahren zeitweise Direktor der Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees sowie Mitglied des KP-Sekretariats und führend an den Kampagnen gegen "geistige Verschmutzung" und "bourgeoise Liberalisierung" beteiligt. Die von ihm diagnostizierte Erosion der Parteiherrschaft wird auch von anderen chinesischen Parteiführern gelegentlich konstatiert, ist jedoch selten in solcher Schärfe dargelegt worden.

Seit dem neuen Reformschub im Jahre 1992 haben die linken Ideologen beträchtlich an Einfluß in der Parteiführung verloren, die heute von jüngeren Technokraten geprägt ist. Auf verschiedenen internen Foren zur Propaganda-Arbeit und in politischen Publikationen mit kleiner Auflage versuchen die geschwächten Propagandaveteranen jedoch immer wieder, ihre Kritik an der "Sozialistischen Marktwirtschaft" zu verbreiten. Unter Parteikadern und Arbeitern im staatlichen Sektor der Wirtschaft, die sich als Verlierer der Reformpolitik verstehen, können sie auf Zustimmung hoffen. Wegen der Schwächung der Parteiorganisation und des Propaganda-Apparats wie auch wegen der zunehmend kommerziellen, sich von ideologischen Litaneien freimachenden Ausrichtung der Massenmedien sind ihre Möglichkeiten, das Rad zurückzudrehen, jedoch sehr viel geringer als noch Ende der achtziger Jahre. -hei-

*(12)

Ausführungsbestimmungen zum Staatssicherheitsgesetz

Am 12.Juli wurde ein Erlaß des Staatsrates veröffentlicht, der die Ausführungsbestimmungen zum 1993 verabschiedeten Staatssicherheitsgesetz beinhaltet. Der Erlaß war von der Exekutivkonferenz des Staatsrates bereits im Mai angenommen und von Premierminister Li Peng am 4.Juni unterzeichnet worden.

Ein großer Teil der Bestimmungen ist der Bekämpfung ausländischer Spionage und Subversion gewidmet. Nach den neuen Bestimmungen werden Personen und Organisationen aus dem Ausland als feindlich eingestuft, wenn sie in China Aktivitäten, die die Staats-

sicherheit gefährden, finanzieren oder aktiv unterstützen. Zur Subversion werden so unterschiedliche Aktivitäten wie Bildung terroristischer Gruppen, Verbreitung staatsgefährdender Informationen oder das Schüren ethnischer Konflikte gezählt. (Xinhua, 12.7.94; Fazhi Ribao, 13./14.7.94)

Viele der in dem Dokument enthaltenen Bestimmungen sind so vage, daß den Sicherheitsorganen dadurch beträchtliche Freiräume eröffnet werden. Die Kontakte ausländischer Korrespondenten, Geschäftsleute und Menschenrechtsgruppen zu "staatsgefährdenden" Chinesen dürften nun weitere Einschränkungen erfahren. Willkürlichen Präventivmaßnahmen gegen "verdächtige Elemente" stehen kaum Schranken entgegen. All dies fügt sich in das altbekannte Bild: Die chinesische Führung hat bisher kaum nennenswerte Schritte unternommen, die Machtvollkommenheit der Sicherheitskräfte zu beschränken. -hei-

*(13)

Die Entwicklung des Verwaltungsrechtsschutzes

Nach Angaben der offiziellen Nachrichtenagentur "Neues China" haben seit Inkrafttreten des Verwaltungsprozeßgesetzes (*xingzheng susongfa*) im Oktober 1990 fast alle chinesischen Gerichte Verwaltungskammern eingerichtet, die den gerichtlichen Schutz der Bürger gegenüber den Staatsbehörden wahrnehmen sollen. (Anders als in Deutschland gibt es in China keine institutionelle Absonderung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, sondern Verwaltungskammern, die im Rahmen der regulären "Volksgerichte" operieren.)

Mehr als 70.000 Klagen gegen Behörden und Beamte seien von diesen Kammern inzwischen behandelt worden. Rund 37 Prozent der Prozesse seien zugunsten der Kläger ausgegangen; eine beträchtliche Zahl von Verfahren sei "außerhalb der Gerichte" (wohl in Schlichtungsverfahren oder durch Weisungen übergeordneter Behörden) beigelegt worden. In den letzten Jahren habe die Zahl der Verwaltungsverfahren rapide zugenommen. In Tianjin seien allein 1993 23.000 Klagen eingereicht worden, die zur Zeit behandelt würden. (Xinhua, 12.7.94, nach SWB, 16.7.94)

Ein chinesischer Jurist würdigte das Gesetz als wichtigen Schritt dahin, das Verhältnis zwischen Staat und Volk auf rechtlicher Grundlage zu regeln. Hierin werde auch deutlich, daß den Menschenrechten in China große Bedeutung beigemessen werde, denn die Beschränkung der Verwaltungsmacht sei eng mit dem Schutz der Menschenrechte verknüpft. (XNA, 13.7.94)

Die neuere Gesetzgebung im Bereich des Verwaltungsrechts (hierzu gehört auch das Staatsentschädigungsgesetz [*guojia peichangfa*], das im Mai nach jahrelangen Vorbereitungen verabschiedet wurde; siehe auch Robert Heusers Übersetzung in diesem Heft und auch seine Übertragung des Verwaltungsprozeßgesetzes in C.a. 1990/11, S.880-889.) hat das Interesse der Bevölkerung an Gerichten und Anwälten, die zuvor nur als Werkzeuge von Partei und Staat angesehen wurden, tatsächlich verstärkt. Gerichtsverhandlungen wurden lange Zeit wegen der damit verbundenen Unannehmlichkeiten gemieden. In den letzten Jahren aber scheint der Gang zum Gericht - etwa im Verhältnis zum archaischen Petitionswesen, das in China immer noch die dominierende Form der Kommunikation zwischen Bevölkerung und Behörden darstellt - größere Bedeutung zu gewinnen.

Wenn die chinesische Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Lage wäre, wie in den Gesetzen vorgesehen, zugunsten der Bürger rechtswidrige Eingriffe der Verwaltung abzuwehren oder zu Unrecht vorenthaltene Leistungen zu erzwingen, könnte das Verwaltungsrecht einen sehr wichtigen Beitrag zur Begrenzung willkürlicher staatlicher Herrschaftsausübung und zur Durchsetzung der politischen und bürgerlichen Rechte in China leisten.

De facto werden aber viele politisch heikle Klagen - etwa die von Dissidenten gegen Polizeimißhandlungen - häufig nicht einmal zugelassen. Auch erkennen viele Behörden und ihre Kader die Kompetenz der Gerichte weiterhin nicht an und können es sich leisten, die Urteile von Verwaltungskammern einfach zu ignorieren. Trotz vieler wohlformulierter Gesetzestexte sind Gesetzesvollzug und Rechtsanwendung in China nicht gesichert. Der Verwaltungsrechtsschutz bildet hier keine Ausnahme. -hei-

*(14)
Richtlinien zur Pressearbeit: Die Rolle Qiao Shis

Die Politbüro-Mitglieder Qiao Shi (Präsident des Nationalen Volkskongresses) und Ding Guan'gen (Leiter der ZK-Propaganda-Abteilung) haben kürzlich Richtlinien für die Arbeit der Presse ausgegeben, die dem Vorankommen der Reformpolitik und der Wahrung der politischen Stabilität dienen sollen.

Qiao Shi sagte vor verantwortlichen Redakteuren der wichtigsten chinesischen Zeitungen, daß der Presse bei der Berichterstattung über die gegenwärtigen Schwierigkeiten des Reformprozesses eine besondere Verantwortung zukomme. Probleme wie die störende Reform der Staatsunternehmen, Arbeitslosigkeit, Inflationsdruck, Korruption, Binnenwanderung, Prostitution, Drogenmißbrauch etc. müßten mit Besonnenheit dargelegt werden. Dramatisierungen und übermäßige Kritik seien zu vermeiden, vielmehr müsse man sich auf positive Beispiele für gelungene Maßnahmen zur Bewältigung der Schwierigkeiten konzentrieren. (Mingbao, Hongkong, 27.7.94, nach SWB, 1.8.94)

Ding Guan'gen betonte auf einer Tagung von Propaganda-Führungskadern aus den Provinzen, daß der Journalismus den Zielen von Partei und Staat sowie der Entwicklung einer "korrekten und gesunden öffentlichen Meinung" zu dienen habe. Die rasante Entwicklung der chinesischen Medien seit 1978 (die Zahl der Zeitungen stieg nach 1978 von damals 186 auf heute 2.039, die der Radiostationen von 99 auf 983, die der Fernsehsender von 38 auf 638) habe insgesamt eine positive Wirkung auf die Entwicklung des kulturellen Lebens gehabt. Einige Fehlentwicklungen seien aber nicht zu übersehen. (Xinhua, 28.6.94, nach SWB, 13.7.94)

Yu Youxian, der Chef der Staatlichen Presse- und Publikationsverwaltung (die zum Teil auch die Funktionen einer Zensurbehörde wahrnimmt), benannte als Fehlentwicklung die Verbreitung "mittelmäßiger und vulgärer Werke" in Zeitungen, Magazinen und Büchern. Die rasche Kommerzialisierung des Pressewesens begünstige auch unseriöse Formen des Journalismus. Ein Publikations- und Pressegesetz sei

in Vorbereitung, um Fehlentwicklungen in dieser Branche entgegenzuwirken. (Xinhua, 11.7.94, nach SWB, 13.7.94)

Überraschend ist, daß Qiao Shi, der aufgrund seiner Machtbasen im Sicherheits- und Volkskongreß-Apparat als einer der einflußreichsten und zukunftsstrichtigsten Politiker Chinas gilt, neuerdings Weisungen zur Arbeit in den Bereichen Propaganda und Ideologie ausgibt. Gewöhnlich nimmt der NVK-Vorsitzende in seinen Pressekonferenzen nur Stellung zu Fragen, die sich unmittelbar auf die Arbeit der Gesetzgebungsorgane beziehen. Offenbar versucht Qiao Shi, sich nun auch auf dem Gebiet der Propaganda-Arbeit zu profilieren. Dieses undankbare Ressort, dem die schwierige Aufgabe zukommt, unter den schwankenden Bedingungen des Übergangs zur Marktwirtschaft einer skeptischen Bevölkerung die kommunistische Ideologie zu vermitteln, wird zur Zeit von keinem der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros speziell betreut. -hei-

*(15)
Vorschriften zur Religionsausübung in Ningxia

Die Regierung der nordwestchinesischen "Autonomen Region" Ningxia hat im Juli neue Vorschriften zur religiösen Betätigung erlassen. Unter den 4,9 Mio. Bewohnern Ningxias bekennen sich 1,6 Mio. zum Islam. Darüber hinaus nimmt in den letzten Jahren nach offiziellen Angaben die Zahl der Buddhisten und Katholiken in der Region rasch zu. Seit den späten achtziger Jahren sollen mehr als 2.000 Moscheen, Kirchen und Tempel neu- oder wiedereröffnet worden sein.

Einzelne Religionsführer hätten sich jedoch unter dem Deckmantel der Religionsausübung in Fragen des staatlichen Erziehungswesens, der Heirats- und Ehegesetze und der Familienplanung "eingemischt". Aus diesem Grunde habe man im Einklang mit der chinesischen Verfassung und nationalen Gesetzen zu Religions- und Minderheitenfragen neue regionale Vorschriften erlassen.

Eingriffe in Kompetenzen der Staatsverwaltung sowie die Ausübung einer eigenständigen Rechtsprechung sind

religiösen Gruppen nun offiziell untersagt. Die Eröffnung von Versammlungsräumen, die Gründung religiöser Organisationen und die Publikation religiöser Schriften, Bilder, Videofilme etc. muß von den zuständigen Regierungsabteilungen vorab genehmigt werden. Ausländer dürfen an lokalen religiösen Aktivitäten teilnehmen, jedoch nicht eigene Organisationen oder Schulen gründen und nicht predigen.

Die in den regionalen Vorschriften enthaltenen Beschränkungen sind vor dem Hintergrund reger, zum Teil grenzübergreifender muslimischer Aktivitäten im nordwestchinesischen und zentralasiatischen Raum zu sehen. Nach immer wieder aufflammenden muslimischen Unruhen in den letzten Jahren bemühen sich die nationalen und regionalen Behörden, die muslimische Opposition gegen die chinesische Herrschaft einzudämmen. Auch hatten in Ningxia in den letzten Jahren wiederholt heftige Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden muslimischen Gruppen stattgefunden, die in einzelnen Bezirken zu blutigen Gemetzeln führten und erst durch Einheiten der Bewaffneten Volkspolizei beendet werden konnten. (XNA, 18.7.94; SCMP, 18.7.94) -hei-

Kultur

* (16) Aufbau der "geistigen Zivilisation"

Neben dem Aufbau der materiellen Zivilisation, d.h. der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, liegt der politischen Führung Chinas nachdrücklich am "Aufbau der geistigen Zivilisation" (*jingshen wenming jianshe*). Einen programmatischen Beschluß dazu faßte das ZK am 28. September 1986, und seitdem wird der kulturelle Aufbau mehr oder weniger intensiv betrieben. Dabei ist nicht zu übersehen, daß das kulturelle und geisteswissenschaftliche Leben seit 1989 im Grunde stagniert und die offizielle Seite ihre Hauptfunktion darin sieht, politisch und moralisch Unliebsames aus dem Kulturbereich zu verbannen und ggf. Werke herauszustellen, die den Anforderungen der Partei genügen.

Nun hat die Partei, genauer die ZK-Propagandaabteilung, eine neue Initiative zum Aufbau der geistigen Zivilisation ergriffen, die unter dem Schlagwort "5x1-Projekt" (*wuge yi gongcheng*) läuft. Am 7. und 8. Juli 1994 fand unter der Federführung der Propagandaabteilung in Beijing eine nationale Tagung über die Arbeit an dem "5x1-Projekt" im Jahre 1993 statt. Das "5x1-Projekt" war im Jahre 1991 von der ZK-Propagandaabteilung zur Förderung des Aufbaus der sozialistischen geistigen Zivilisation ins Leben gerufen worden, hat aber offensichtlich bislang keine nennenswerte Breitenwirkung erzielt. Denn in einem Interview der *Volkszeitung* mit Liu Zhongde, Vizedirektor der ZK-Propagandaabteilung, wurde dieser gebeten, die Bedeutung noch einmal zu erklären, weil viele Leute nicht wüßten, was das "5x1-Projekt" eigentlich sei. Nach Liu Zhongdes Erläuterung ist darunter zu verstehen, daß sich alle Provinzen, autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte darum bemühen sollen, pro Jahr fünfmal ein gutes geistig-kulturelles Produkt herauszubringen, nämlich ein gutes Buch, ein gutes Theaterstück, einen hervorragenden Film, ein hervorragendes Fernsehstück (oder -film) und einen oder mehrere originelle, überzeugende Artikel. Das Ziel des Projektes, so Liu Zhongde, sei es nicht nur, die Schaffung hervorragender Werke zu initiieren, sondern auch gemäß Dengs Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung und der Grundlinie der Partei "die Makrokontrolle über den Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation zu stärken". Das Projekt sei dazu angetan, für die Entwicklung des gesamten propagandistisch-kulturellen Bereiches, wie z.B. Literatur, Kunst, Theorie und Publikationswesen, eine Leit- und Antriebsfunktion auszuüben. (RMRB, 2.7.94, S.4)

Tatsächlich hat sich die Propagandaabteilung mit dem "5x1-Projekt" ein kulturpolitisches Instrument geschaffen, das ihr die Möglichkeit vielfältiger indirekter Kontrolle und Einwirkung auf den Kultursektor gibt, und zwar aufgrund des organisatorischen Rahmens, der dieses Projekt umschließt. Das beste Werk jeder der fünf Kategorien in den jeweiligen Provinzen wird nämlich ausgezeichnet; Preise werden auch an die Propagandaabteilungen derjenigen Provinzen vergeben, die besonders gute Organisations- und Führungsar-

beit bezüglich dieses Projekts geleistet und dabei hervorragende Erfolge erzielt haben. Jedes Jahr müssen sie die Begutachtung der vorgeschlagenen Werke durch eine große Zahl von Fachleuten, Wissenschaftlern und anderen Experten mit einschlägigen Erfahrungen organisieren. Als Bewertungskriterien haben nach Auskunft Liu Zhongdes zum einen die Richtung des "doppelten Dienens" zu gelten, d.h. die Werke müssen dem Volk und dem Sozialismus dienen, zum anderen die "Doppel-Hundert"-Richtung ("Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen miteinander wettstreiten"), die für eine gewisse Pluralität spricht, allerdings im wesentlichen nur in formaler Hinsicht.

In den drei Jahren seit Bestehen des Projekts haben sich nach Auskunft des Vizedirektors Zahl und Qualität der vorgeschlagenen Werke ständig erhöht, und mittlerweile sei für das Projekt ein ausgedehntes Organisationssystem für die Führungsarbeit errichtet worden, d.h. ein Führungssystem, bei dem das Projekt von oben nach unten verwirklicht werde. Hinzu komme ein Heer von Autoren, Künstlern und Regisseuren sowie ein Heer von hierarchisch organisierten Gutachtern. Das "5x1-Projekt" erfülle die Forderungen, die Jiang Zemin zu Beginn dieses Jahres auf der Nationalen Konferenz zur Propagandaarbeit an die propagandistisch-ideologische Arbeit gestellt habe, nämlich die Menschen mit wissenschaftlicher Theorie auszustatten, sie mit der richtigen Propaganda zu führen und sie mit hervorragenden Werken zu motivieren. Erstens spielten die ausgezeichneten Werke eine motivierende Rolle, stärkten die nationale Bindekraft und betrieben für die Reform- und Öffnungspolitik sowie den wirtschaftlichen Aufbau gute Meinungsmache. Zweitens entstünde eine Menge erlesener Werke, die Literatur und Kunst, Theorie und Publikationswesen zur Blüte brächten. Im theoretischen Bereich verkündeten die Werke den Marxismus-Leninismus und das Mao-Zedong-Denken sowie Deng Xiaopings Theorie vom Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung bis hin zur Theorie der sozialistischen Marktwirtschaft, im künstlerischen Bereich spiegelten die Werke den Zeitgeist wider, propagierten die Reform- und Öffnungspolitik und erzögen die Jugend zu Patriotismus. Drittens schließlich eröffne das Projekt neue